

## N i e d e r s c h r i f t

### der öffentlichen Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften am 22.03.2011

---

Ort: Stadthaus, Wappensaal, Marktplatz 2, 06100 Halle (Saale),

Zeit: 16:30 Uhr bis 17:55 Uhr

Anwesend sind:

Frau Dr. Annegret Bergner	CDU	16:30 Uhr bis 18:10 Uhr
Herr Werner Misch	CDU	16:30 Uhr bis 18:10 Uhr
Frau Dr. Ulrike Wünscher	CDU	16:30 Uhr bis 18:10 Uhr
Herr Swen Knöchel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 16:50 Uhr
Herr Dr. Bodo Meerheim	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 18:10 Uhr
Frau Elisabeth Nagel	DIE LINKE.	16:30 Uhr bis 18:10 Uhr
Frau Katharina Hintz	SPD	16:30 Uhr bis 18:10 Uhr
Herr Johannes Krause	SPD	16:30 Uhr bis 18:10 Uhr
Frau Elisabeth Krausbeck	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	16:30 Uhr bis 18:10 Uhr
Herr Dr. Hans-Dieter Wöllenweber	FDP	16:30 Uhr bis 18:10 Uhr
Herr Tom Wolter	MitBÜRGER für Halle	16:30 Uhr bis 18:10 Uhr

Entschuldigt fehlen:

Herr Bernhard Bönisch	CDU	Vertretung: Frau Dr. Bergner
Herr Raik Müller	CDU	Vertretung: Frau Dr. Wünscher
Herr Dietmar Wehrich	BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	Vertretung: Frau Krausbeck

#### zu 1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Ordnungsmäßigkeit der Einladung und der Beschlussfähigkeit

---

Herr Dr. Meerheim eröffnete die Sitzung, stellte die Ordnungsmäßigkeit der Einladung und die Beschlussfähigkeit fest.

Folgende Unterlagen wurden zu Beginn der Sitzung ausgegeben:

- für die heutige Sitzung Übersicht über die Maßnahmen KP II

- für die Sitzung des Finanzausschusses am 05.04.2011 Änderungsantrag des Stadtrates Lothar Dieringer (CDU) zur Beschlussvorlage HH bezüglich Wirtschaftsförderung

## **zu 2      Feststellung der Tagesordnung**

---

Herr Geier informierte, dass die Verwaltung die geplante Vorlage:

5.2.    Satzungsaufhebung EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement  
Vorlage: V/2011/09431

zurückstellt.

Herr Kogge bat, die Vorlage:

Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII  
Vorlage: V/2011/09588

als Dringlichkeitsvorlage in die Tagesordnung aufzunehmen. Die Vorlage wurde in der Sondersitzung des Finanzausschusses am 15.03.2011 übergeben.

Auf Nachfrage zur verspäteten Übersendung führte Herr Kogge aus, dass die entsprechenden Beschlüsse des Bundesrates inklusive der dazugehörigen Texte abgewartet werden mussten. Die Verwaltung könne sich nicht auf Presseberichte beziehen. Eine Beschlussfassung in der Sitzung im April würde dazu führen, dass die drei Gruppen der Empfangsberechtigten unterschiedlich behandelt werden würden. Der Sozialausschuss habe als Vorbereitung für die Beratung im Finanzausschuss extra eine Sondersitzung durchgeführt und ein abschließendes positives Votum abgegeben.

### Abstimmung über die Aufnahme der Dringlichkeitsvorlage in die Tagesordnung:

9 Ja-Stimmen  
1 Nein-Stimme  
1 Enthaltung  
mehrheitlich zugestimmt

### Abstimmungsergebnis:

einstimmig zugestimmt

### Beschluss:

Folgende geänderte Tagesordnung wird festgestellt:

3.    Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am 15.02.2011
4.    Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse
5.    Beschlussvorlagen

- 5.1. Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12  
Vorlage: V/2010/09214
- 5.2. Satzungsaufhebung EigenBetrieb Zentrales GebäudeManagement  
Vorlage: V/2011/09431 - z u r ü c k g e s t e l l t -
- 5.3. Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII  
Vorlage: V/2011/09588 - a l s D r i n g l i c h k e i t s v o r l a g e a u f g e n o m m e n -
- 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII" (V/2011/09588)  
Vorlage: V/2011/09638 - n a c h t r ä g l i c h a u f g e n o m m e n -
6. Anträge von Fraktionen und Stadträten
- 6.1. Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur rechtskonformen Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes  
Vorlage: V/2011/09508
- 6.1.1 Änderungsantrag des Stadtrates Johannes Krause (SPD-Fraktion) zum Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur rechtskonformen Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes(V/2011/09508)  
Vorlage: V/2011/09637 - n a c h t r ä g l i c h a u f g e n o m m e n -
- 6.2. Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung der Breitbandausbauziele der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09448
7. schriftliche Anfragen von Stadträten
8. Mitteilungen
9. mündliche Anfragen
10. Anregungen

**zu 3        Genehmigung der Niederschrift des öffentlichen Teils der Sitzung am  
              15.02.2011**

---

**Abstimmungsergebnis:**

8 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
3 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschluss:**

Die Niederschrift der Sitzung des öffentlichen Teils der Sitzung am 15.03.2011 wird genehmigt.

#### **zu 4 Bekanntgabe der in nicht öffentlicher Sitzung gefassten Beschlüsse**

---

Im nicht öffentlichen Teil der Sitzung des Ausschusses für Finanzen, städtische Beteiligungsverwaltung und Liegenschaften wurden keine abschließenden Beschlüsse gefasst.

#### **zu 5 Beschlussvorlagen**

---

##### **zu 5.1 Fortschreibung der Schulentwicklungsplanung der Stadt Halle (Saale) für das Schuljahr 2011/12 Vorlage: V/2010/09214**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

##### **Abstimmungsergebnis:**

3 Ja-Stimmen  
6 Nein-Stimmen  
1 Enthaltung  
mehrheitlich abgelehnt

##### **Beschlussvorschlag:**

Der Stadtrat beschließt auf der Grundlage der Gemeindeordnung des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung der Bekanntmachung vom 10.08.2009, § 44 Abs. 3, Ziff. 9 und 24 in Verbindung mit dem Schulgesetz des Landes Sachsen-Anhalt in der Fassung des 12. Änderungsgesetzes vom 14.07.2009, § 22 und der Verordnung zur Schulentwicklungsplanung vom 22.09.2008, § 4 Abs. 8 und § 7 Abs. 5 die Schließung der Förderschule am Jägerplatz zum Schuljahr 2011/12.

##### **Finanzielle Auswirkung:**

VWH Objektbezogene Kosten (Grundlage: IST 2009):

Miete, Betriebskosten, Reinigung 165,8 T€

Mehrausgaben:

2011:	Objektauflösung	10,0 T€
2011 und Folgejahre:	Schülerbeförderung	25,0 T€

##### **zu 5.2 Satzungsaufhebung Eigenbetrieb Zentrales GebäudeManagement Vorlage: V/2011/09431**

---

##### **Ergebnis:**

Die Vorlage wurde beim TOP Bestätigung der Tagesordnung von der Verwaltung zurückgestellt.

**zu 5.3 Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII**  
**Vorlage: V/2011/09588**

---

An der Diskussion beteiligten sich Frau Dr. Bergner, Herr Krause, Herr Dr. Meerheim, Herr Wolter, Herr Dr. Wöllenweber, Herr Misch, Herr Kogge und Frau Simon (Dezernat IV - Führungsunterstützerin SGB II).

Zu Beginn der Diskussion wurde ein fraktionsübergreifender Änderungsantrag - siehe Top 5.3.1 gestellt (Tischvorlage).

Vertreter der antragstellenden Fraktionen erläuterten den Änderungsantrag. Dieser wurde in der Sondersitzung des Sozial-, Gesundheits- und Gleichstellungsausschusses aus Zeitgründen nicht gestellt. Der Antrag solle klären, welche finanziellen Auswirkungen der Beschluss der Bundesregierung zum Bildungs- und Teilhabepaket für die Begünstigten und die Stadt habe.

Herr Kogge informierte über die im Bildungs- und Teilhabepaket vorgesehenen Leistungen. Er wies darauf hin, dass ggf. der Haushalt angepasst werden müsse, da die Verwaltung bei der Aufstellung des Haushaltes von anderen Zahlen ausgegangen sei. Er und Frau Simon erläuterten die geltende Rechtslage. (Auf die als Anlage 2 beigefügte Pressemitteilung wird verwiesen. Dieser Inhalt wurde in wesentlichen Teilen wiedergegeben.)

Einige Mitglieder überlegten, ob es sachdienlicher wäre, die Entscheidung über die Vorlage in die Sondersitzung zum Haushalt zu verlegen. Ebenso wurde darauf hingewiesen, dass die Umsetzungsbestimmungen noch nicht vorliegen. Es wurde betont, dass keine automatische Kompensation erfolgen solle und deshalb der Änderungsantrag gestellt wurde, um einen optionalen Vorbehalt zu sichern. Der Kreis der Betroffenen solle genau definiert und danach geprüft werden, wo die nicht benötigten finanziellen Mittel eingesetzt werden.

Herr Kogge betonte, dass, wenn die frei werdenden Mittel nicht an der vorgeschlagenen Stelle eingesetzt werden, die Mittel dieser Haushaltsstelle voraussichtlich Mitte des Jahres ausgeschöpft sein werden. Auf Nachfrage erklärte er, dass die Bearbeitung der Anträge sowohl durch das Jobcenter als auch durch die Stadt erfolge, je nachdem, um welchen Begünstigtenkreis es sich handele. Doppelförderungen werden ausgeschlossen. Herr Kogge bestätigte, dass eine breite Information der Freien Träger, der Kindereinrichtungen und Schulen erfolgt und auch die Liga der Freien Wohlfahrtspflege bereits zu einem Besprechungstermin eingeladen wurde. Da die Darstellung der Finanzströme sehr schwierig sei, sagte Herr Kogge eine schriftliche Zuarbeit in der Sondersitzung am 31.03.2011 zu.

Herr Kogge erklärte, dass die Verwaltung den Wortlaut des Änderungsantrages  
- siehe TOP 5.3.1 -  
als Punkt 3 der Verwaltungsvorlage übernehme.

**Abstimmungsergebnis:**

6 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
4 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**geänderter Beschlussvorschlag:**

1. Der Stadtrat stimmt zu, dass die Zuschüsse im Rahmen des Halle-Passes für Ermäßigung der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung in Kindertageseinrichtungen und Ermäßigung für Schülerspeisung für Leistungsempfänger nach dem SGB II und SGB XII mit Inkrafttreten der gesetzlichen Neuregelung der Regelbedarfe entfallen.
2. Der Stadtrat stimmt zu, dass für Leistungsberechtigte nach § 3 Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG), die vom Bildungs- und Teilhabepaket ausgeschlossen sind, der Mehraufwand für die gemeinschaftliche Mittagsverpflegung im Rahmen des Halle-Passes übernommen wird. Für die Mittagsverpflegung ist ein Eigenanteil von 1,00 € durch die Eltern zu tragen.
3. ***Über die Verwendung der dadurch nicht benötigten Mittel beschließt der Stadtrat nach Klärung der Frage, inwieweit nach der Änderung von SGB II und SGB XII eine finanzielle Unterstützung der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung durch die Stadt zu Leistungsminderungen für die Betroffenen bzw. zu Zuschussminderungen seitens des Bundes im Bildungspaket führen könnte.***

**Finanzielle Auswirkung:**

Haushaltsstelle: VerwHH :	1.4980.788100:	150.000 €
	1.4980.788200:	100.000 €

**zu 5.3.1 Änderungsantrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, der Fraktion DIE LINKE. und der SPD-Stadtratsfraktion zur Beschlussvorlage "Änderung Halle-Pass unter dem Gesichtspunkt des Gesetzes zur Ermittlung von Regelbedarfen und zur Änderung des SGB II und SGB XII" (V/2011/09588)  
Vorlage: V/2011/09638**

---

Die Diskussion zum Änderungsantrag wurde gemeinsam mit dem TOP 5.3 geführt.

**Ergebnis:**

Die Verwaltung übernahm den Änderungsantrag und passt die Vorlage entsprechend an.

**Beschlussvorschlag:**

Der Text in Beschlusspunkt 3 wird ersetzt durch folgenden Wortlaut:

Über die Verwendung der dadurch nicht benötigten Mittel beschließt der Stadtrat nach Klärung der Frage, inwieweit nach der Änderung von SGB II und SGB XII eine finanzielle Unterstützung der gemeinschaftlichen Mittagsverpflegung durch die Stadt zu Leistungsminderungen für die Betroffenen bzw. zu Zuschussminderungen seitens des Bundes im Bildungspaket führen könnte.

**zu 6 Anträge von Fraktionen und Stadträten**

---

**zu 6.1 Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur rechtskonformen Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes  
Vorlage: V/2011/09508**

---

Herr Bauersfeld wurde zur Sitzung eingeladen. Er entschuldigte sich dafür, dass er aus dienstlichen Gründen nicht an der Sitzung teilnehmen könne und gab sein Einverständnis, seinen Antrag auch in seiner Abwesenheit zu beraten.

An der Diskussion beteiligten sich Herr Wolter, Herr Misch, Herr Krause und Herr Geier.

Herr Geier führte aus, dass er die Verweisung des Antrages durch den Stadtrat in den Finanzausschuss befürworte, da dieser die schwierige Gemengelage sehr gut einschätzen könne. Er verwahrte sich davor, dass die Verwaltung die Einbringung des Haushaltes „verbummele“. Vielmehr müssen die Rahmenbedingungen, die erheblichen Einfluss auf den städtischen Haushalt haben, geklärt sein. Beispielhaft nannte er die Orientierungsdaten, die Steuerschätzung und die gesetzlichen Regelungen. Die Verwaltung beginne spätestens im Februar eines jeden Jahres mit der Haushaltsplanaufstellung. Sollten die Rahmenbedingungen nicht geklärt sein, müsse mit erheblichen Nachträgen gerechnet werden. Auch die Wirtschaftspläne der Unternehmen, an denen die Stadt beteiligt ist, müssen mit dem Haushalt korrespondieren. Er verstehe den Wunsch nach Planungssicherheit, gab aber zu bedenken, dass bei der derzeitigen defizitären Haushaltslage durch die Kommunalaufsicht erheblich einschränkende Maßnahmen angeordnet werden können. Er wiederholte seine Bitte - siehe Antwort der Verwaltung.

Herr Krause stellte den unter TOP 6.1.1 aufgenommenen Änderungsantrag. Nach dessen Abstimmung erfolgte die Abstimmung des so geänderten Antrages.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**geänderter Beschlussvorschlag (gemäß Änderungsantrag SPD V/2011/09637):**

Der Stadtrat fordert die Oberbürgermeisterin auf, den Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes ~~bis jeweils spätestens 30. September des Vorjahres einzubringen. 2012 zur Stadtratssitzung im Dezember 2011 und ab dem Haushaltsplan 2013 die Entwürfe der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes bis jeweils spätestens zum 31. Oktober des Vorjahres einzubringen.~~

**zu 6.1.1 Änderungsantrag des Stadtrates Johannes Krause (SPD-Fraktion) zum Antrag des Stadtrates Martin Bauersfeld (CDU) zur rechtskonformen Einbringung des Entwurfes der Haushaltssatzung und des Haushaltsplanes(V/2011/09508)  
Vorlage: V/2011/09637**

---

Die Diskussion wurde gemeinsam mit TOP 6.1 geführt.

**Abstimmungsergebnis:**

10 Ja-Stimmen  
0 Nein-Stimmen  
0 Enthaltungen  
einstimmig zugestimmt

**Beschlussvorschlag:**

Der Antragstext wird ersetzt durch:

„Der Stadtrat fordert die Oberbürgermeisterin auf, den Entwurf der Haushaltssatzung und des Haushaltplanes 2012 zur Stadtratssitzung im Dezember 2011 und ab dem Haushaltsplan 2013 die Entwürfe der Haushaltssatzung und des Haushaltplanes bis jeweils spätestens zum 31. Oktober des Vorjahres einzubringen.“

**zu 6.2 Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN zur Weiterentwicklung der Breitbandausbauziele der Stadt Halle (Saale)  
Vorlage: V/2011/09448**

---

Frau Krausbeck begründete den Antrag. Sie ging besonders darauf ein, dass es sich um ein Bekenntnis der Stadt zur Weiterentwicklung der Breitbandversorgung und um einen Auftrag an die Stadt als Gesellschafterin der Stadtwerke Halle GmbH handele.

**Abstimmungsergebnis:**

1 Ja-Stimme  
7 Nein-Stimmen  
2 Enthaltungen  
mehrheitlich abgelehnt

**Beschlussvorschlag:**

1. Die Stadt Halle (Saale) bekennt sich zu dem in der Breitbandstrategie der Bundesregierung festgeschriebenen Ziel, bis 2014 für einen Großteil der Haushalte Breitbandkapazitäten von 50 MBit oder mehr erreicht zu haben. Die flächendeckende Umsetzung in der Stadt wird angestrebt. Dazu wird regelmäßig der erreichte Ausbaugrad erhoben und der Öffentlichkeit mitgeteilt.
2. Die Stadtverwaltung Halle wird entsprechend damit beauftragt, sich im Rahmen der Breitbandstrategie kontinuierlich sowohl um die Einwerbung von Fördermitteln zu bemühen als auch um die Teilnahme an Pilotprojekten zu bewerben.
3. Die Stadtverwaltung Halle wird damit beauftragt, in Zusammenarbeit mit den Stadtwerken zu prüfen, ob nicht auch in Halle die Stadtwerke den Ausbau von Breitbandzugängen unterstützen oder selbst durchführen können. Prüfbericht und gegebenenfalls konkrete Handlungsempfehlungen sind bis zum Ende des 3. Quartals 2011 vorzulegen.

**zu 7 schriftliche Anfragen von Stadträten**

---

Schriftliche Anfragen von Stadträten lagen nicht vor.

## **zu 8      Mitteilungen**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

## **zu 9      mündliche Anfragen**

---

### Kulturförderabgabe

Frau Krausbeck fragte nach dem aktuellen Stand der Einführung einer Kulturförderabgabe. Herr Geier informierte, dass in einer ausführlichen Eröffnungsrunde, zu der die Fraktionen des Stadtrates und die Vertreter der größten Hotels der Stadt Halle (Saale) geladen waren, die Thematik zur gegenseitigen Vernetzung in den Bereich des Stadtmarketing sowie des Dezernates V weitergegeben wurde. Er sagte eine schriftliche Information zu.

### Marktsatzung

Auf die Frage von Herrn Wöllenweber nach der Beschlussfassung der Marktsatzung im Finanzausschuss führte Frau Beßler aus, dass diese vom Fachdezernat für die Sitzung im April 2011 angemeldet wurde.

### Stand Einführung Doppik

Auf Nachfrage von Herrn Wolter informierte Herr Geier, dass planmäßig in der Sitzung im April 2011 über den Stand der Einführung der Doppik u. a. informiert werde.

## **zu 10     Anregungen**

---

Zu diesem Tagesordnungspunkt wurden keine Wortmeldungen gewünscht.

Dr. Bodo Meerheim  
Vorsitzender des  
Ausschusses

Egbert Geier  
Beigeordneter  
Finanzen und Personal

Martina Beßler  
Protokollführerin